



Am Langener Waldsee im Süden von Frankfurt baut das Unternehmen Sehring seit mehr als 90 Jahren schon hochwertigen Sand und Kies ab.

MONIKA MÜLLER (2)

Kassel immer noch eine Revisionsklage des BUND. Die Hauptkritikpunkte der Umweltschützer: Bannwald müsse weichen, die Rekultivierung und Wiederaufforstung der Abbauflächen dauere zu lange.

Der Landesverband des Naturschutzbunds (Nabu) ist nicht generell gegen den Sand- und Kiesabbau. „Viele Rohstoffgewinnungsbetriebe haben eine sehr hohe Biodiversität in ihren Abbaubereichen“, sagt Dominik Heinz, Nabu-Projektleiter für die Kooperation mit Abbaunehmern. Erst werde zwar die Landschaft zerstört, aber dann entstünden Kleingewässer und Pfützen. „Der Bagger schafft einen Lebensraum für Arten, die sonst kaum mehr vorkommen“, so Heinz. Die Gelbbauchunke etwa lebe fast nur noch in Abbaubereichen und auf ehemaligen Bundeswehrarealen. Auch die Uferschwalbe, die einst an den Abbruchkanten von Flüssen brütete, profitiere von den Sandgruben.

„Überall gründen sich erst einmal Bürgerinitiativen“

Am Rodgauer Badensee geht die Erweiterung des Tagebaus fast „geräuschlos“ über die Bühne. 2015 hat die Firma Kaspar Weiss mit der Stadt einen neuen Rahmenvertrag geschlossen, darf deshalb noch weitere 40 Jahre Sand und Kies fördern. „Das Unternehmen kann sich somit flächenmäßig in Richtung Kreisquerverbindung und Heusenstammer Weg ausdehnen“, sagt die städtische Pressesprecherin Sabine Hooke. Aktuell sei es auch schon „am ersten Abschnitt dran“, grabe im Trockenabbau bis zum Grundwasser in zehn Metern Tiefe.

Trotzdem: „Die Konflikte nehmen spürbar zu“, heißt es vonseiten des RP. Entscheidungen, die in Planfeststellungsbeschlüssen festgelegt worden seien, würden immer weniger akzeptiert. Peter Ruhm drückt das anders aus: „Überall gründet sich erst einmal eine Bürgerinitiative, die sagt: Das wollen wir nicht.“ Er weiß, wovon er spricht: Als Generalbevollmächtigter der Firma Q-Sand hatte er im Februar dieses Jahres den Trockenabbau von Sand und Kies auf einem Areal beantragt, das der Stadt Dietzenbach gehört. Der Aufschrei in der Bevölkerung war groß, sofort gründete sich die Bürgerinitiative „Hände weg vom Sand im Wald“ und auch die Stadtverordneten sagten schließlich Nein. „Das Gebiet war vom Land Hessen als Rohstoffgebiet ausgewiesen, das Regierungspräsidium hatte bereits im Vorjahr Probebohrungen genehmigt“, sagt Ruhm. Seine Pläne musste er begraben.

Keine zwei Prozent der Fläche von Hessen seien für den Rohstoffabbau ausgewiesen, sagt Ruhm. In diese zwei Prozent sei auch der Abbau von Kaolin, Lehm und Granit mit eingerechnet. Neugebiete würden kaum noch erschlossen, es gebe nur „kleine Erweiterungen“. Das RP spricht von 13 neu genehmigten Flächen in den vergangenen 15 Jahren. Der riesige Flächenverbrauch für die Sandgewinnung führt im dicht besiedelten Rhein-Main-Gebiet zu Nutzungskonflikten. „Wir kommen an einen Punkt, an dem die Landesregierung deutlich sagen muss, wie sie zur Rohstoffsicherung steht“, fordert Ruhm.

319

HEKTAR

Fläche hat das Regierungspräsidium Darmstadt in den vergangenen 15 Jahren für den Sandabbau genehmigt

5,8

MILLIONEN TONNEN

Sand und Kies wurden nach Daten der Lagerstättenenerhebung in Südhessen im Jahr 2016 gewonnen.



DIE SERIE

Kaum eine Stadt in Deutschland wächst derart rasant wie Frankfurt. In ein paar Jahren könnte die Metropole am Main 800 000 Einwohner haben. Doch bewältigt Frankfurt diese Entwicklung überhaupt? Wo sollen alle diese Menschen wohnen, wie gelangen sie zur Arbeit, wenn die Straßen immer voller werden, und droht das Umland von Frankfurt aufgefressen zu werden?

Diesen Fragen geht die FR bis Mitte Oktober in der Serie „Frankfurt wächst“ nach. Jede Woche beleuchten wir eine provokante und zugespitzte These. Diese Woche etwa: „Frankfurt frisst das Umland auf“. Heute beschäftigen wir uns mit dem Sandabbau in der Region, in der kommenden Woche lautet unsere These: „Das Leben in der Stadt wird unerträglich“. ote



Viele Zuhörer äußerten sich beim FR-Stadtgespräch im Haus am Dom zur Wohnungssituation.

R. HOVER

Bäume fallen für den Frankfurter Sandhunger

Die Großstadt braucht für ihre Bauprojekte den wertvollen Rohstoff, doch neue Abbauflächen werden wegen Protesten kaum noch erschlossen

Von Annette Schlegl

Alternativen gibt es bisher keine. Material, das durch Baustoffrecycling entsteht, könne zwar im Straßen- und Tiefbau oder für Verfüllungen verwendet werden, aber es sei verunreinigt durch Putz- oder Estrichteilchen, so Ruhm. Die Recyclingquoten seien zwar enorm hoch, aber fürs Bauen brauche man qualitativ hochwertige Quarzsande. Auch Wüstensand eignet sich für die Betonherstellung nicht, er ist zu feinkörnig, zu rund. Laut RP gibt es zwar vielversprechende technische Ansätze, aber noch erheblichen Forschungs- und Entwicklungsbedarf.

Die langen Transportwege und die weltweite Verknappung der Ressource Sand verteuern Bauvorhaben in Rhein-Main immer mehr. „Im Raum Frankfurt sind die Preise für Sand auf einem sehr hohen Niveau, da wird fast jeder Preis bezahlt“, sagt Ruhm. Genehmigungsverfahren zum Sandabbau würden aktuell drei bis fünf Jahre dauern, erklärt er. Zeitlich und kostentechnisch sei das alles für einen Unternehmer nicht mehr einschätzbar, meint Stefan Sehring, Chef der gleichnamigen Firma, die am Langener Waldsee Sand und Kies abbaut. Deshalb müsse sich Rhein-Main kurz- und mittelfristig auf Roh-

stoffknappheit einstellen. Umweltschützer machen den Kieswerken in Rhein-Main schon seit Jahren das Leben schwer. Die Firma Sehring ist eines der größten, fördert nach Auskunft der Stadt Langen jährlich 400 000 bis 500 000 Kubikmeter hochwertigen Quarzsand und Kies am Langener Waldsee. Der Kiesabbau an dem Standort reicht bis in die 20er Jahre des 20. Jahrhunderts zurück, doch aktuell habe man „vielschichtig laufende Gerichtsverfahren seitens verschiedener

Organisationen und Parteien“ am Hals, erklärt Firmenchef Sehring. Hauptgegner des Sandabbaus ist der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND). Er hatte gegen die Südosterweiterung der Abbaufläche geklagt, die das RP 2013 genehmigte, als die alten Abbauflächen, aus denen der Langener Waldsee entstand, zur Neige gingen. Sehring erhielt damals die Erlaubnis, bis zum Jahr 2038 auf 63,7 Hektar Sand und Kies zu fördern. Derzeit läuft beim Hessischen Verwaltungsgerichtshof in



Meterhoch türmen sich die Sandberge in Südhessen – aber trotzdem reicht es nicht. Bauunternehmen müssen den Rohstoff importieren.

AUSHUB

Wegen des Baubooms sind die verfügbaren Deponiekapazitäten für Erdaushub innerhalb von fünf Jahren im Regierungsbezirk Darmstadt um 43 Prozent geschrumpft. Die Preise für die Entsorgung sind gestiegen. Dies ergab eine FDP-Anfrage an die Landesregierung.

Immer mehr Bauherren würden deshalb aus Kostengründen auf einen Keller verzichten, was den Flächenverbrauch vergrößere, sagte Fragesteller Stefan Naas. Auch aus Klimagründen dürfe Erdaushub nicht per Lastwagen durch halb Hessen gefahren werden.

Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) müsse „dringend“ die verfügbaren Kapazitäten vergrößern und die anhängigen Genehmigungsverfahren für neue Deponien beschleunigen. Sie dürfe nicht auf die Fortschreibung des Abfallwirtschaftsplans in zwei Jahren warten. jur

Hier ein druckfrisches Schreiben des Aktionsbündnisses Langener Bannwald an Hessens Umweltministerin Priska Hinz (Grüne) mit der Bitte, am Langener Waldsee die Rodung von weiteren vier Hektar Wald für den Sandabbau aufzuhalten, dort fast zeitgleich die Nachricht, dass das Sand- und Kieswerk Kaspar Weiss seine Abbaufläche in Babenhäusern um 17 Hektar vergrößern wolle. Wälderhalt versus Sandabbau: Allein schon diese Meldungen zeigen die Interessenskollisionen, die die Rohstoffversorgung in Rhein-Main mit sich bringt. Die Bauindustrie wird hier immer gefräßiger, vor allem die Großstadt Frankfurt wächst – und mit ihr die Nachfrage nach Sand und Kies für Mörtel und Beton, um Neubauten hochziehen.

32 Abbaustellen für Sand und Kies gibt es laut hessischem Umweltministerium in Südhessen, zwölf davon allein im Gebiet des Regionalverbands Frankfurt/Rhein-Main. Rund vier Millionen Tonnen Sand und Kies werden mit Genehmigung des Regierungspräsidiums Darmstadt (RP) jährlich gefördert; dazu kommen noch baurechtlich genehmigte Mengen, für die die Zuständigkeit bei den Kreisen liegt.

Bausand für Frankfurt kommt sogar aus dem Elsass

Riesige Massen also – und trotzdem reicht das nicht. „Im Frankfurter Raum müssen fast 60 Prozent der Sande und des Kieses importiert werden“, sagt Peter Ruhm, Geschäftsführer von Geo-Consult. Die fehlenden Rohstoffe für die Frankfurter Bauten kämen vor allem aus dem Elsass und vom Oberrhein, so der Experte. „Der Umweltschaden durch die weiten Transportwege ist größer, als wenn man den Sand umweltgerecht abbauen würde.“

Mehr Dichte wagen?

FR-Stadtgespräch über die Wohnungskrise und mögliche Auswege

VON CHRISTOPH MANUS

Wer in Frankfurt eine bezahlbare Wohnung sucht, hat schlechte Karten. Und der freie Markt wird das Problem nicht lösen. Da ist sich das Podium beim FR-Stadtgespräch zur Halbzeit der Serie „Frankfurt wächst“ weitgehend einig. Selbst Wolfgang Ries, Vorstand des Wohnungsbauunternehmens Bien-Ries, macht keinen Hehl daraus, dass dieses inzwischen ziemlich hohe Preise verlangt. Vor einigen Jahren habe er Wohnungen am Riedberg für 2300 Euro pro Quadratmeter verkauft, die letzten Einheiten habe man für 5600 Euro pro Quadratmeter veräußert, sagte er am Donnerstagabend vor gut 100 Zuhörern im Haus am Dom. Der Grund? „Die Grundstückspreise galoppieren davon.“ Zudem fehlten Handwerker, das treibe die Kosten. Auch die „Flut von Bauvorschriften“ verteuere die Projekte. Die kritisiert auch Architekt Stefan Forster. Er stört sich etwa an einem überzogenen Brandschutz.

Selbst Genossenschaften schaffen es nicht mehr, Wohnungen für eine Miete unter zwölf Euro pro Quadratmeter zu bauen, sagte Planungsdezernent Mike Josef (SPD). Hauptgrund seien die stark gestiegenen Bodenpreise. Es führe kein Weg daran vorbei, Grund und Boden „ein Stück weit“ dem Markt zu entziehen. Sobald die Stadt Planungsrecht schaffe, steige der Wert für einen Acker von zwölf Euro auf 700 bis 800 Euro pro Quadratmeter. Diese Bodenwertsteigerung müsse der Allgemeinheit zugute kommen, etwa für Schulen und andere Infrastruktur im Gebiet, forderte er.

Lisa Hahn warf ihren Mitdiskutanten vor, zu viel über die Si-

tuation zu klagen, statt Lösungen anzubieten. Dabei könnten die Forderungen des Mietenscheids, für den sie mit vielen anderen kämpft, schnell umgesetzt werden – und etwa Menschen, die auf der Warteliste für eine Sozialwohnung stehen oder Anspruch auf eine geförderte Wohnung hätten, helfen. Hahn kritisierte, dass sich der Magistrat nach sieben Monaten Prüfung immer noch nicht abschließend zum Mietenscheid geäußert habe.

Bei dem Gutachten gelte Gründlichkeit vor Schnelligkeit, verteidigte Josef den Magistrat. Erneut machte der Planungsdezernent in der von den FR-Redakteuren Claus-Jürgen Göpfert und Georg Leppert moderierten Runde aber klar, dass er die Forderungen des Mietenscheids ablehne. Die ABG habe im vergangenen Jahr bereits zu mehr als 40 Prozent geförderte Wohnungen gebaut. 50 Prozent seien möglich, aber in der Koalition nicht durchsetzbar. Die ABG nur noch geförderte Wohnungen bauen zu lassen, sei aber falsch. Es sei gut, dass die Wohnungsgesellschaft zum Beispiel auch Wohnungen für Studierende baue, sagte er. Er richte die ABG nur noch geförderten Wohnraum, nutze das vor allem den Projektentwicklern, die einen Konkurrenten verlieren.

Bauunternehmer Ries widersprach und erinnerte daran, dass Wohnungsgesellschaften wie die ABG einst gegründet worden seien, um bezahlbaren Wohnraum zu bauen. „Das ist ein bisschen abhandeln gekommen.“ Stefan Forster riet zu einem Wohnungsmix. Am Bockenheimer Depot etwa habe die ABG Eigentumswohnungen, frei finanzierte Mietwohnungen und geförderte Wohnungen gebaut. Das sei ein gutes Modell. Man

dürfe nicht vergessen, dass die ABG auch ein Wirtschaftsunternehmen sei. Hahn ließ das nicht gelten. Natürlich sei es gut, dass die Stadt auch Investoren verpflichte, Sozialwohnungen zu bauen. Es passiere aber doch viel zu wenig. Im Hamburg seien im vergangenen Jahr 3000 geförderte Wohnungen gebaut worden, in Frankfurt nicht einmal 300. Dass Frankfurt wohl weiter wachsen wird, ist Konsens auf dem Podium. Und das sei gut so, sagte Forster. „Mehr Menschen heißt mehr Leben.“ Es sei besser, wenn eine Stadt wachse, als wenn sie schrumpfe, findet auch Josef. Die Frage sei doch, in welche Richtung sich Frankfurt entwickle, sagte Hahn, wie sich Wachstum so gestalten lasse, dass Menschen nicht vertrieben würden.

Wo all die Wohnungen entstehen können, die man braucht, um die hohe Nachfrage zu befriedigen? Bis der neue Stadtteil an der A5 stehe, dauere es viele Jahre, sagte Forster. Schnell Wohnungen schaffen, könne man dagegen in der Innenentwicklung. Zentral gebe es viele Wohngebäude mit drei bis vier Geschossen. „Da ließe sich viel machen“, sagte der Architekt. „Frankfurt ist noch nicht dicht genug“, findet auch Bauunternehmer Ries. Hier lebten gut 3000 Menschen auf einem Quadratkilometer. In Berlin und München jeweils mehr als 4000. Und da lebe es sich ja nicht schlecht. „Wir können nicht jeden Hinterhof in der Innenstadt bebauen – schon wegen des Klimmas“, sagte dagegen Mike Josef. Sie könne alle Menschen verstehen, die Angst hätten, wenn bei ihnen nachverdichtet werde, sagte Lisa Hahn. Meist entstünden teure Wohnungen. Und das führe zu Verdrängung.